Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, — zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich: vierteljährl. ℳ 6. Man abonnirt ferner mit entsprechendem Postaufschlag bei den Postanstalten in der Schweiz, Italien, Belgien, Holland, Luxemburg, Dänemark, Schweden und Norwegen, Rußland, den Donaustaaten, der Europäischen Türkei, Egypten. Für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur unter Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich.

Redaction und Expedition:
Johannisgasse 8.
Fernsprecher 153 und 222.

Filialexpeditionen:
Alfred Hahn, Buchhandlg., Universitätsstr. 3,
L. Lösche, Katharinenstr. 14, u. Königspl. 7.

Haupt-Filiale in Berlin:
Königgrätzerstraße 116.
Fernsprecher Amt VI Nr. 3393.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und Amtsgerichtes Leipzig, des Rathes und Polizei-Amtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 75 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 50 ₰.
Tabellarischer und Ziffernsatz entsprechend höher. — Gebühren für Nachweisungen und Offertenannahme 25 ₰ (excl. Porto).

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

Nr. 103. **Mittwoch** den 26. Februar 1902. **96. Jahrgang.**

Geldsammlungen bei Beamten.

Es wird ein Erlaß der kaiserlichen Ober-Postdirection Posen an die ihr unterstehenden Postämter bekannt gemacht, in dem die Vorsteher dieser Aemter ersucht werden, zu Gunsten des in der Provinzialhauptstadt zu errichtenden Bismarckdenkmals „bei dem nachgeordneten Personal und den Postagenturen das Interesse für die Sache erneut anzuregen".

Dieser Vorgang erinnert an einen ganz ähnlichen Vorfall, der vor etwa Jahresfrist an die Oeffentlichkeit gelangte und ein nichts weniger als erfreuliches Aufsehen machte. Damals wurde zu Gunsten des von der Armee zu errichtenden Moltke-Denkmals bei den activen Officieren und den Officieren des Beurlaubtenstandes das Geld in einer Weise gesammelt, das der Einfachheit halber gleich angegeben wurde, wie viel jeder Officier passender Weise beizusteuern hätte.

Waren Bismarck und Moltke wirklich Männer, für deren Ehrung in dieser Weise Geldbeträge gesammelt werden müßten und dürften? Man wird diese Frage am leichtesten beantworten können, wenn man sich darüber klar zu werden sucht, wie wohl die Männer selbst, denen die Ehrung zu Theil werden soll, sich dazu gestellt hätten. Und da sei besonders auf Moltke hingewiesen, der sicherlich an jene Zeit gedacht hätte, in der er als Leutnant in ihrer Schlichtheit geradezu rührende Briefe an seine Mutter schrieb, wie er die Nächte hindurch arbeiten müsse, um sich nothwendige Equipirungsstücke anschaffen zu können. Wenn man dem armen Leutnant v. Moltke damals einen Thaler zu einem Denkmal für die großen Männer jener Zeit, etwa für Stein oder Scharnhorst oder Blücher, im Wege sanften Zwanges abgenommen hätte, so würde er sich sicherlich mit offenem Mißbehagen darüber ausgesprochen haben.

Der arme Leutnant und der unbemittelte Beamte existiren heute gerade noch so wie damals, denn wenn auch die Gehälter aufgebessert worden sind, so hat sich in demselben Maßstabe die Lebensführung vertheuert. Nicht nur der Unterbeamte und der Subalternbeamte, sondern selbst der höhere Beamte muß, wenn er von Haus aus unvermögend ist und eine starke Familie hat, mit jeder Mark rechnen, um nicht in Schulden zu gerathen. Denn er muß sich, abgesehen von den laufenden Ausgaben für sich und seine Familie, bemühen, noch einen Betrag für eine Lebensversicherung oder eine Sterbecasse bei Seite zu legen, denn was der Staat für die Wittwen und Hinterbliebenen selbst hochgestellter und gut besoldeter Beamten giebt, ist kaum ausreichend, um vor dem Verhungern zu schützen.

Wir wollen mit alledem nicht sagen, daß Beamte und Officiere für patriotische oder wohlthätige Zwecke unter keinen Umständen etwas geben sollten oder können, sondern wir erheben nur Einspruch dagegen, daß die ihnen vorgesetzten Stellen sie „anregen", für solche Zwecke etwas zu opfern. Es muß ihnen vollständig überlassen bleiben, ob sie sich bei derartigen Gelegenheiten betheiligen wollen. Wenn beispielsweise ein Bismarck-Denkmal in der Provinz Posen errichtet werden soll, so wird ja zweifellos von dem Comité für dieses Denkmal in allen Zeitungen der Provinz bekannt gegeben, an wen Zahlungen für den Denkmalsfonds zu leisten sind. Ebenso wie der Kaufmann Müller in Posen oder der Rentier Lehmann in Bromberg sich nicht noch besonders „anregen" läßt, an diese Stelle einen Beitrag zu senden, ebensowenig bedarf der Postbeamte, dessen wirthschaftliche Lage ein Opfer für patriotische Zwecke erlaubt, eines derartigen Anspornes; der aber, der durch einen solchen Sporn sich nöthigen läßt, über seine Kräfte hinaus zu gehen, wird weder seiner Behörde dankbar dafür sein, noch ein begeisterter Herold der Denkmalszwecke werden. Für die Behörde liegt also schlechthin keine Veranlassung vor, in diese durchaus private und ihr Ressort nicht berührende Angelegenheit sich einzumischen.

Wir brauchen kein Wort darüber zu verlieren, wie uns ein Bismarck-Denkmal gerade in der Provinz Posen, wo eine solche Verkörperung des deutschen Gedankens von günstigstem Einflusse sein könnte, erfreuen würde. Aber gerade dort muß das Denkmal, um ein Wort Ibsen's zu brauchen, „in Schönheit" errichtet werden. Schon die Vorstellung ist widerwärtig, daß ein Wahrzeichen der Liebe und der Verehrung nur mit Hilfe halb unfreiwilliger Beiträge aufgerichtet werden könnte, und vollends peinlich ist das Bewußtsein, daß die Gegner des Deutschthums aus der Herbeiziehung solcher Hilfe Anlaß und Recht zu der Behauptung erhalten würden, der Pole brauche zur Beisteuer für polnische Nationaldenkmäler nicht angetrieben zu werden und dürfe mithin in der Anschauung der Ober-Postdirection in Posen, ohne sanften Druck werde für ein Bismarck-Denkmal zu wenig einkommen, einen Beweis dafür erkennen, wie viel fester, tiefer, opferwilliger und edler das polnische Nationalgefühl sei als das preußisch-deutsche.

Sprechen mithin wirthschaftliche, politische und Geschmacksgründe gegen den Erlaß der kaiserlichen Ober-Postdirection in Posen, so ist wohl auch mit Recht zu erwarten, daß der Reichskanzler und preußische Ministerpräsident, dem man wirthschaftliche Einsicht und politische Klugheit von allen Seiten zugesteht, guten Geschmack wenigstens von keiner Seite abstreitet, Gelegenheit nehmen werde, allen Reichs- und preußischen Staatsbehörden jenen Erlaß zur Nachahmung nicht zu empfehlen.

Der Krieg in Südafrika.

„Edinburgh Evening News" schreibt: Die großen Anstrengungen Lord Kitchener's, um General

De Wet

zu fangen, sind jämmerlich mißglückt. Wir sind heute noch nicht dem Ende des Krieges näher, als vor einigen Monaten. Die Boeren haben das heldenhafte Schauspiel wiederholt, welches einst vor 300 Jahren von den Niederländern und Spaniern aufgeführt wurde. Gerade wie damals wurden vom Angreifer die Kräfte des Gegners unterschätzt. Auch damals lachten die spanischen Generäle — Leute von der Sorte eines Cecil Rhodes — über die lumpigen Bürger, die es wagen wollten, gegen die ruhmvollen Waffen Spaniens Widerstand zu leisten. Man glaubte den Krieg in wenigen Wochen beendet, und in der That ließ man sich durch anfängliches Glück dazu verleiten, verfrühte Siegesfeste zu feiern. Ebenso steht es auch in diesem Kriege aus. Wie oft ist in der englischen Presse erklärt worden, daß der Krieg so gut wie zu Ende sei! Wir Alle erinnern uns an die Behauptung des „Scotsman": im September würde kein Boerencommando mehr im Felde sein. Einige Tage vor Weihnachten noch brachte dieses Blatt Nachrichten, denen zufolge De Wet's Lage sehr mißlich sei. Wie De Wet diese Nachricht Lügen strafte, hat er uns am Weihnachtstage bewiesen.

Einen ganzen Monat hindurch wurde uns erzählt, daß für De Wet keine Möglichkeit des Entkommens vorhanden sei, er wäre von allen Seiten durch Blockhäuser eingeschlossen. Wie hat sich der Mann aber doch durchgeschlagen? Das britische Volk ist eben so furchtbar leichtgläubig, und nimmt Alles, was ihm die Presse auftischt, als baare Münze.

Wir haben von vornherein betont, daß wir einem langdauernden Kriege entgegengehen werden, der schließlich in einen Rassenkampf ausarten werde. Wir fechten gegen ein Volk, welches vielleicht vorübergehend unterjocht werden kann, aber niemals auf die Dauer sich unter unsere Herrschaft beugen wird. Wir bekämpfen die heldenmüthigen Abkömmlinge von einem Heldenvolk. Schaut in die Geschichte der Belagerung von Leyden, da könnt ihr den Geist erkennen, der in der holländischen Rasse lebt. — Diejenigen, die da glauben, die Boeren würden sich unterwerfen, vergessen die Geschichte vom Kriege mit Spanien und von dem Aufstande gegen die Einverleibungsgelüste Napoleon's, als er sich — gerade wie England augenblicklich — die Rolle eines aufgeblasenen Dictators der Welt anmaßte.

Deutsches Reich.

-⁺- **Berlin,** 25. Februar. (Die Lage der Arbeiterschaft und die Socialdemokratie.) Aus einer Statistik der reichsten Leute Preußens glaubt die „Sächs. Arbeiterzeitung" den Schluß ziehen zu dürfen, daß der wirthschaftliche Aufschwung in der Zeit von 1895 bis 1900 der Arbeiterschaft im Grunde genommen gar nicht zu Gute gekommen sei. Das Dresdner Socialistenblatt behauptet zunächst, die unbestreitbar höheren Lohnsummen, die der Arbeiterschaft in dieser Periode zugeflossen sind, seien meist das Resultat von Ueberstunden. Damit geräth die „Sächs. Arbeiterzeitung" in direkten Gegensatz zu der Auffassung des Organs der socialdemokratischen Gewerkschaften Deutschlands. Denn letzteres hat am 14. Januar 1901 u. A. ausgeführt: „Ihre (der Gewerkschaften) Presse hat schon seit 1898 auf die langsam beginnenden . . . Zeichen des Umschwungs aufmerksam gemacht und ihre Verbände haben die angestrengtesten Versuche gemacht, um die Lage der Arbeiter angesichts der kommenden Krisis zu sichern. Wo dies nicht durch innere Einrichtungen geschehen konnte, die dem Arbeiter während der Arbeitslosigkeit einen größeren Rückhalt an der Organisation verschafften, da wurde durch Verkürzung der Arbeitszeit und Verweigerung der Ueberstundenarbeit der . . . Ueberhastung bei Erledigung vorhandener Aufträge entgegengewirkt und durch Kampf um Lohnerhöhung der Arbeiter gegen den kommenden Rückschlag widerstandsfähiger gemacht." — Aus dem Vorstehenden ergiebt sich, was die Behauptung der „Sächs. Arbeiterzeitung", daß die höheren Lohnsummen meist das Resultat von Ueberstunden seien, auf sich hat. Nicht weniger unbegründet ist die weitere Behauptung desselben Blattes, der Mehrverdienst der Arbeiter sei durch die gesteigerten Lebensmittelpreise bis auf den letzten Groschen weggefressen worden und am Ende der Prosperitätsperiode seien die Proletarier genau so bettelarm wie vordem. Auf die Uebertreibung, die in diesen Angaben enthalten ist, wirft eine Nachricht aus derselben Nummer der „Sächs. Arbeiterzeitung" ein charakteristisches Licht. Jene Nachricht betrifft die Entdeckung eines scheußlichen Verbrechens, dem im Januar 1900 der 35jährige Fabrikwächter Pratsch in Göbtau zum Opfer gefallen ist; er wurde von dem damaligen Straßenbahnwagenführer Lerch wegen seiner Ersparnisse, die in einer Sparcasseneinlage von 1250 ℳ und in einem Bankguthaben von 1100 ℳ bestanden, ermordet. Daß dieser unglückliche Fabrikwächter nicht der einzige Angehörige der Arbeiterclasse war, der Ersparnisse machen konnte, leuchtet ohne Weiteres ein. Zahlenmäßig wird diese Thatsache durch die Sparcassenstatistik in vollem Umfange erhärtet. In Preußen betrug der Einlagenbestand der Sparcassen im Jahre 1895 4345 Millionen Mark, im Jahre 1896 4556 Millionen Mark, im Jahre 1897 4968 Millionen Mark; darunter betrug die Zahl der Einleger bis 60 ℳ im Jahre 1895 1 972 134; im Jahre 1896 2 067 980; im Jahre 1897 2 164 621. In wie erheblichem Maße bei den aufgeführten Einlagen Ersparnisse der ärmeren und minderbemittelten Volksclassen in Frage kommen, geht aus der großen Zahl der kleinen Einlagen in Preußen hervor. Noch deutlicher beweist dies die bayerische Statistik über den Beruf der Sparcasseneinleger für die Jahre 1896 und 1897; danach gehören 68 Procent aller erwachsenen Neueinleger der Classe der Angestellten und Arbeiter an. Eine solche erfreuliche Entwickelung aber war möglich, weil die Lebensmittelpreise durchaus nicht in dem Grade eine Steigerung erfahren haben, wie die „Sächs. Arbeiterzeitung" es darstellt. Das Brod allerdings ist im Ganzen seit 1895 theurer geworden. Aber daß der Preisunterschied keineswegs sehr erheblich ist, lehren die nachstehenden Angaben. Das Gewicht des 50-Pfennig-Brodes betrug in Berlin während der Jahre 1895 bis 1900: 2,42, 2,39, 2,24, 1,99, 2,07 und 2,00 Kilogramm. Was die übrigen hauptsächlichsten Nahrungsmittel anbelangt, so ergeben die Preise des Jahres 1899, die wir hier als Beispiel im Augenblick heranzuziehen vermögen, im Vergleich mit dem Vorjahre folgendes Bild: billiger waren 1899 Eßkartoffeln 5,4 Procent, Speisebohnen 3,8 Procent, Schweinefleisch 3,6 Procent, Speck 1,2 Procent, Schweineschmalz 0,6 Procent. Denselben Preis wie im Jahre 1898 hatten Roggen und Rindfleisch im Kleinhandel. Theurer waren Linsen um 0,2 Procent, Erbsen um 0,4 Procent, Hammelfleisch um 0,8 Procent, Eßbutter um 1,4 Procent, Kalbfleisch um 1,5 Procent und Eier um 2,8 Procent. Angesichts dieser statistisch festgestellten Zahlen ist die Behauptung der „Sächs. Arbeiterzeitung", daß der Mehrverdienst der Arbeiter durch die gesteigerten Lebensmittel bis auf den letzten Groschen weggefressen sei, nicht haltbar. Auf die gesteigerten Wohnungspreise allein eine derartige Wirkung zurückzuführen, ist aber ebenfalls nicht angängig.

* **Berlin,** 25. Februar. (Geschäft und Politik.) Die Berliner Mäntelconfectionäre haben anscheinend in diesem Jahre kein gutes Geschäft in England gemacht, wenigstens klagt der „Confectionär", Grossisten und Fabrikanten, die seit Jahren ein sehr bedeutendes Geschäft mit England machen, versicherten nach der Rückkehr von ihrer letzten Englandreise, daß das Geschäft noch nie so schlecht gewesen wäre. Bestellungen hätten sie gar nicht oder nur in sehr geringem Maße erhalten, weil von oben (?) her die strikte Parole ausgegeben worden sei: „No German goods" — „Kauft keine deutschen Waaren!" Wenn der „Confectionär" das bedauerlich findet, so ist dagegen nichts zu erinnern. Wohl aber dagegen, daß er die englische Abneigung gegen deutsche Waaren auf die „unfreundliche antienglische Haltung eines großen Theiles der deutschen Presse und des deutschen Volkes" zurückführt und allen Ernstes verlangt, daß „die Feindseligkeiten gegen England eingestellt" werden, damit der deutsche Handel nicht noch weitere unermeßliche Verluste erleide. Es fehlt nur noch, daß der „Confectionär" dem Reichskanzler Herrn Chamberlain gegenüber den Mund verbietet! Mit Recht wird das Verlangen des Blattes von der „Kreuzztg." folgendermaßen gekennzeichnet und zurückgewiesen: „Die Abneigung der Engländer gegen deutsche Waaren ist nicht neu. Schon zu Anfang der achtziger Jahre machte sich eine Agitation in dieser Hinsicht bemerkbar und führte zum Erlaß des englischen Handelsmarkenschutz-Gesetzes von 1885 mit dem „made in Germany", das die deutschen Waaren auf den englischen Märkten brandmarken und womöglich zurückdrängen sollte. Indessen hatte weder die Agitation, noch dieses Gesetz den gewünschten Erfolg. Wenn gegenwärtig in England wirklich eine neue und schärfere Abneigung gegen den Kauf deutscher Waaren hervortreten sollte, so ist sie nicht von deutscher Seite verschuldet worden. In der Beurtheilung des grausamen Vernichtungskrieges der Engländer gegen die Boeren steht die öffentliche Meinung in Deutschland mit ihren Organen nicht allein. Sie befindet sich in Uebereinstimmung mit der öffentlichen Meinung der gesammten Culturwelt außerhalb Englands. Von diesem Standpuncte kann die deutsche Presse unmöglich abgehen, nur damit einige Mäntelconfectionäre wieder bessere Geschäfte mit England machen können. Auch ist es eine Pflicht der deutschen Presse wie der deutschen Politiker überhaupt, gewisse Verdächtigungen und Entstellungen, die von englischer Seite kommen, gebührend zurückzuweisen. Rücksichten auf geschäftliche Beziehungen können dabei unmöglich genommen werden. Das wäre eine nationale Erniedrigung, und diese würde die Engländer erst anreizen, die Waaren eines Volkes zu boycottiren, das keinen Sinn hat für seine nationale Würde. Das Verlangen des „Confectionär" erklärt sich aus der nationalen Geschlechtslosigkeit derjenigen Kreise, die hinter ihm stehen. Selbst in einem jüdischen Staate würde es auf das Nachdrücklichste zurückgewiesen werden."

* **Berlin,** 25. Februar. Ueber Ventilationseinrichtungen in Restaurationsräumen hat der preußische Minister des Innern folgenden Erlaß an die Regierungspräsidenten gerichtet: „Es ist neuerdings zur Sprache gekommen, daß immer noch, selbst in vielen größeren Städten, Restaurationsräume hergestellt werden, die jeder geeigneten Ventilationsvorrichtung entbehren, obwohl in ihnen täglich die Ansammlung zahlreicher Menschen stattfindet. In § 3 der durch die Rundverfügung vom 26. August 1886 mitgetheilten Anforderungen, die in baulicher und gesundheitlicher Beziehung an die Gast- und Schankwirthschaften zu stellen sind, ist darauf hingewiesen, daß die Gastzimmer außer mit Fenstern, die einen hinreichenden Zutritt von Luft und Licht unmittelbar von der Straße oder vom Hofe aus gestatten, auch, so weit nöthig, mit sonstigen zur Herstellung eines genügenden Luftwechsels erforderlichen Einrichtungen versehen und überhaupt ihrer ganzen Anlage nach so beschaffen sein müssen, daß sie die menschliche Gesundheit in keiner Weise gefährden. Es wird ersucht, diese Vorschriften den Concessionsbehörden in Erinnerung zu bringen. Die Herstellung von Lüftungsvorrichtungen, welche durch natürliche Temperaturdifferenz — auch ohne schädlichen Zug zu verursachen — wirken, könnte ohne nennenswerthe Belastung der die Concession Nachsuchenden stets vorgeschrieben werden. Inwieweit die Anbringung von Vorrichtungen, welche durch besonders erzeugten Wärmeunterschied oder durch mechanische Kräfte wirken, zu fordern ist, wird in jedem einzelnen Falle unter Berücksichtigung der Zweckbestimmung der Räume und der etwa zur Verfügung stehenden Betriebskraft zu prüfen sein." — Zur Nachahmung empfohlen!

⊙ **Berlin,** 25. Februar. (Telegramm.) Gestern Nachmittag unternahmen der Kaiser und die Kaiserin einen gemeinsamen Spaziergang im Thiergarten. Gestern Abend speiste Se. Majestät beim Officiercorps des Regiments Gardes du Corps in Potsdam. — Heute Morgen promenirte der Kaiser im Thiergarten, empfing im königlichen Schlosse den Bildhauer Robloff und hörte die Vorträge des Chefs des Militärcabinets und des Chefs des Admiralstabes der Marine. Um 12¾ Uhr nahm der Kaiser militärische Meldungen entgegen. Zu einer Frühstückstafel beim Kaiserpaar anläßlich des Geburtstages des Königs von Württemberg waren außer den Damen und Herren vom Dienst geladen Erbprinz und Erbprinzessin Wied, der württembergische Gesandte Frhr. v. Varnbühler, Generalmajor v. Marchtaler, die Bundesrathsmitglieder Präsident v. Schicker, Geh. Kriegsrath v. Schaefer, Departementsdirector v. Schneider, zum Militärcabinet commandirter königl. württembergischer Flügeladjutant v. Grävenitz, ferner der Oberstkämmerer, die drei Cabinetschefs, der Reichskanzler, der Staatssekretär des Auswärtigen Amts, der Einführer des diplomatischen Corps und Hofmarschall Frhr. v. Reischach.

— Die neue deutsche Briefmarke mit dem Bilde der Germania, welche zum 1. April von der Reichspostverwaltung in Gemeinschaft mit der württembergischen Postverwaltung eingeführt wird, zeigt in ihrer endgiltigen Gestalt einige wesentliche und charakteristische Unterschiede von der jetzt in Geltung befindlichen Marke. Die Worte „Deutsches Reich", die an Stelle des jetzigen Aufdrucks „Reichspost" treten, gehen über den ganzen unteren Theil der Marke weg. Dadurch ist eine andere Anordnung der Umrahmung des Bildes der Germania in ihrem unteren Theile notwendig geworden. Wie jetzt schon bei den höheren Werthen ist bei der neuen Ausgabe das Markenbild von einem weißen Rahmen umsäumt, der das Bildniß mehr zur Geltung bringt. Die Zeichnung der neuen Marke ist bedeutend feiner und klarer. Für die neue Ausgabe mußten selbstverständlich vollständig neue Stöcke hergestellt werden. Die Zahl der nothwendigen Platten geht in die Tausende. Die Werthzeichen und die mit Werthstempel versehenen Formulare sind jetzt bis auf einen kleinen Rest vollständig hergestellt. Es waren insgesammt 37 verschiedene Sorten anzufertigen. Die Gesammtstückzahl der Werthzeichen und Ganzsachen, die nothwendig sind, um mit der Ausgabe im Reichspostgebiet und in Württemberg beginnen zu können, beträgt über 1½ Milliarden, ihr Verkaufswerth etwa 150 Millionen Mark. („Nat.-Ztg.")

⊙ **Bromberg,** 25. Februar. (Telegramm.) Der Gemeindevorsteher von Ojazanowo bei Labischin, Albert Ormina, der wegen Beleidigung des deutschen Lehrers Kühn angeklagt war, weil er in einer an die Regierung gerichteten Beschwerdeschrift behauptet hatte, daß Kühn die Schulkinder mißhandle, wurde heute von der Strafkammer des hiesigen Landgerichts freigesprochen. Der Staatsanwalt hatte drei Monate Gefängniß beantragt.

* **Dessau,** 24. Februar. Der anhaltische Landtag ist heute Mittag hier zusammengetreten und vom Staatsminister Dr. v. Koseritz im Auftrage des Herzogs mit einer Ansprache eröffnet worden. In der letzteren wurde betont, daß das Ergebniß des Rechnungsjahres 1900/01 wiederum sehr günstig gewesen sei, denn es wurde ein Ueberschuß von nahezu 90 000 ℳ erzielt. 600 000 ℳ Mehrertrag der in staatlichen Besitz befindlichen Salzbergwerke sind dem Reservefonds der Salzwerke zugeführt worden; der Rest, welcher hauptsächlich auf Mehreinnahmen aus Forsten, Steuern und Gebühren beruht, ist der Ueberschußverwaltung zugeflossen. Der Haushaltsetat für 1902/03 bietet ein weniger erfreuliches Bild. Bei dem Antheil an den Reichssteuern ergiebt sich ein Ausfall von 150 000 ℳ, und im Etat der Salzwerke mußte der Ueberschuß um 60 000 ℳ geringer angenommen werden. Der Etat der Staatsschuldenverwaltung hat durch die Anleihe für den Schacht VI bei Gröbzig eine Verschlechterung von 43 000 ℳ erfahren. Der Mehrbedarf der Unterrichtsverwaltung beträgt fast 79 000 ℳ. In Folge dessen mußten zur Ausgleichung der Einnahmen und Ausgaben 20 Einheiten Einkommensteuer in den Etat eingestellt werden, während in den letzten Jahren 16 Einheiten zur Erhebung kamen, und die Beschränkung auf 20 Einheiten war nur dadurch möglich, daß die außerordentlichen Ausgaben auf das Nothwendigste bemessen und eine zur Erhöhung der Gehälter der Volksschullehrer bestimmte Vorlage für dieses Jahr zurückgestellt wurde. An Gesetzentwürfen werden angekündigt: Abänderung des Gesetzes über die Verwaltung des Staatsschuldenwesens, Abänderung des Jagd-Polizeigesetzes, anderweite Besteuerung der Wanderlager, die Haltung von Zuchtstieren u. A. betreffend. (Hall. Ztg.)

* **Dortmund,** 24. Februar. Unter dem Vorsitz des Oberpräsidenten haben hier mehrere Hundert Personen aller Stände aus Westfalen einen westfälischen Verein zur Förderung des Kleinwohnungswesens gebildet. („Köln. Ztg.")

* **Gotha,** 25. Februar. Der Regent wird sich morgen, einer Einladung des Großherzogs von Weimar folgend, nach Weimar zum Besuche begeben.

w. **Weimar,** 25. Februar. Im Landtage wurde gestern der von der Linken, einschließlich der Nationalliberalen, eingebrachte Antrag auf Zulassung gedruckter Stimmzettel bei den Gemeindewahlen berathen. Der Abg. Dr. Kiel begründete den Antrag und sprach sich gegen die jetzt nothwendige Anwendung geschriebener Stimmzettel aus. Das Wahlgeheimniß sei dadurch, besonders in kleinen Gemeinden, gefährdet, weil oft die Handschriften einzelner Wähler beim Auszählen erkannt würden. Auch sei die Anwendung geschriebener Stimmzettel eine Belästigung der Wähler. Die conservativen Abgeordneten Reichmann und v. Botzenhardt sprachen gegen den Antrag, der an den Ausschuß für Verwaltungsgesetzgebung verwiesen wurde. — Ein von den Nationalliberalen, Freisinnigen und Socialdemokraten eingebrachter Antrag fordert eine Abänderung des Landtagswahlgesetzes dahin, daß für alle Wahlen das allgemeine, gleiche geheime und directe Wahlrecht eingeführt wird. Jetzt gehen die fünf Abgeordneten der Höchstbesteuerten und die fünf der Großgrundbesitzer aus directen, die 23 allgemeinen Abgeordneten aus indirecten Wahlen hervor. Weiter verlangt der Antrag, daß den größeren Gemeinden auf je 10 000 oder mindestens je 15 000 Einwohner die Vertretung durch je einen Abgeordneten gewährt werde.

z. **Greiz,** 24. Februar. Um den in der Presse aufgetauchten falschen Berichten über den Ausstand entgegenzutreten, hat der Fabrikantenverein folgende Erklärung erlassen:

Die Schließung der Betriebe ist erfolgt auf Grund seit 1890 bestehender bindender Abmachungen, nachdem bei einem Mitglied des Vereins die Arbeit niedergelegt worden und seitens des Vereins nachgewiesen war, daß das betreffende Mitglied bezüglich der Löhne seine Verpflichtungen erfüllt, daß aber auch nach eigener Aussage der Arbeiter auf Befragen Unparteiischer nach keiner Richtung hin Anlaß zu Klagen vorlag. Bekannt war, daß von Seiten der Leitung der Lohnbewegung ein planmäßiger Boykott der einzelnen Vereinsmitglieder ins Auge gefaßt war für den Fall, daß die Arbeitseinstellung beim ersten Mitglied von Erfolg begleitet war. Es ist den Arbeitern das weitgehendste Entgegenkommen gezeigt worden u. s. w. Durch das Zugeständniß, daß der Durch-